

THURGAUER FREISINN

Wir machen den Thurgau stark!

Daten 2025
Mitgliederversammlung
mit Parolenfassungen:
22. Januar, 2. April,
19. Juni, 22. Oktober



Der Thurgau braucht eine echte Anbindung an das Nationalstrassennetz

Endlich den Volksentscheid umsetzen



Auf dem richtigen Weg

Vertrauensbeweis für bürgerlich-liberale Politik

Liebe Freisinnige

Die FDP darf jubeln: Nach dem Erfolg im Kanton Schaffhausen konnte auch die FDP Aargau bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen feiern: Mit der glanzvollen Wiederwahl von Regierungsrat Stephan Attiger und einem Sitzgewinn im Grossen Rat durfte die Kantonalpartei von der Aargauer Bevölkerung einen Vertrauensbeweis für ihre bürgerlich-liberale Politik entgegennehmen. Ebenso konnten wir in Basel die Sitze halten. Es ist ein klares Votum für uns Freisinnige, die wir für mehr Freiheit und gegen staatlichen Interventionismus und Bevormundung eintreten. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg!

Klares Zeichen gegen die illegale Migration

Mit der Verabschiedung des Positionspapiers «Stopp der illegalen Migration» verdeutlicht die FDP ihre langjährigen Forderungen zur Asylpolitik unter der Devise «Hart, aber fair». In ganz Europa sorgt der Missbrauch des Asylrechts für Missstände und Unmut. Bei uns müssen die Kantone und Gemeinden die Folgen der illegalen Migration ausbaden. Soll die Bevölkerung aber die humanitäre Tradition unseres Landes weiterhin mittragen, müssen wir die Missstände offen ansprechen und bekämpfen. Das tun wir unter der Prämisse «Recht durchsetzen, Grenzen sichern, Sozialsysteme schützen».

Faire Regeln für Vermieter und Mieter

Die Linken betreiben ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik auch im Wohnungswesen weiter. In den linksorientierten Städten blockieren sie jeden Fortschritt und verhindern so jegliche Lösungen zur Schaffung von mehr Wohnraum. Es braucht aber auch faire Regeln für Vermieter und Mieter. Die Mietrechtsrevision ermöglicht sinnvolle und pragmatische Massnahmen gegen die ausufernde Regulierung in den Bereichen der Untervermietung und der Einhaltung des Eigenbedarfs. Die neuen Regeln sind unbürokratisch und die Rechte der Mieter werden in keiner Weise geschmälert.

JA zur Beseitigung von Fehlanreizen im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen hat zu viele Fehlanreize, die zur Kostensteigerung beitragen. Reformen sind dringend notwendig. Mit der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) wird einer der teuersten Fehler im System korrigiert. Ambulante und stationäre Leistungen sollen zukünftig nach demselben Kostenteiler finanziert werden. Mit dieser überfälligen Reform ermöglichen wir eine bessere Kostenkontrolle, stellen die Bedürfnisse der Patienten ins Zentrum und erhalten unser hervorragendes Pflegesystem.

JA zu mehr Sicherheit und weniger Engpässen auf unseren Strassen

Mit dem Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP) werden sechs Engpässe beseitigt. Wenn der Verkehr auf den grossen Verkehrsachsen fliesst, werden Städte und Gemeinden vom schädlichen Ausweichverkehr entlastet und die Sicherheit im Strassenverkehr – auch die Schulwegsicherheit! – erhöht. Wir alle profitieren, denn die Investitionen in die Nationalstrassen sind ein wichtiges Puzzleteil für das gesamte Verkehrsnetz. Und wir brauchen beides: Schiene und Strasse! Die Finanzierung erfolgt weder über die allgemeine Bundeskasse, noch werden die Steuerzahler zusätzlich belastet. Denn die Mittel stammen aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Gespiessen wird dieser Fonds durch die Strassenbenutzerinnen und -benutzer.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Viermal Ja

Abstimmungen vom 24. November

Die Nationalstrassen müssen ausgebaut werden. Ambulante und stationäre Leistungen müssen einheitlich finanziert werden. Im Mietrecht muss mehr Rechtssicherheit geschaffen werden. In der Roth Pflanzen AG in Kesswil fassten die Mitglieder der FDP. Die Liberalen Thurgau zu allen vier Abstimmungsvorlagen klare Ja-Parolen.

Fünf baureife Projekte sollen im «Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen» realisiert werden. Die geplanten Infrastrukturprojekte, unter anderem der Ausbau des Rosenberg隧nels in St. Gallen, sollen Engpässe beseitigen und den Verkehrsfluss an neuralgischen Punkten verbessern. Zu der auch im Hinblick auf eine mögliche Realisierung der N23/BTS (siehe Seite 4 und 5) für den Thurgau sehr wichtigen Abstimmungsvorlage folgten die Mitglieder der Empfehlung von Beat Hirt, alt IHK-Vizepräsident. Die über 60 Anwesenden fassten mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung die deutliche Ja-Parole.

Tiefere Gesundheitskosten

«Die unterschiedliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen führt zu Fehlanreizen und damit verbunden zu höheren Kosten», erklärte Katharina Iseli bei der Vorstellung der Abstimmungsvorlage «Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG)». Es geht um die bedeutendste Reform seit Einführung des KVG, führte das Mitglied der Fachgruppe «Gesundheit und Soziales» aus. Mit der einheitlichen Finanzierung (EFAS) sollen alle Bereiche der Grundversicherung nach dem gleichen Schlüssel finanziert werden. Die Ja-Parole der FDP Thurgau zur Reform fiel einstimmig aus.

Mehr Rechtssicherheit

Zu den beiden von Kantonsrat und Rechtsanwalt Dean Kradolfer vorgestellten Vorlagen, welche kleinere Änderungen im Obligationenrecht/Mietrecht betreffen, fassten die FDP-Mitglieder ebenso die klare Ja-Parole. Neu sollen das Gesuch der Mietenden zur Untervermietung wie auch die Zustimmung des Vermieters schriftlich vorliegen. Ebenso darf der Vermieter die Zustimmung zu einer Untermietdauer von mehr als zwei Jahren verweigern und bei Verletzung der Informationspflichten des Mietenden nach Mahnung ausserordentlich kündigen. Bei einem Eigentümerwechsel soll der neue Besitzer innert der gesetzlichen

Frist auf den nächsten Termin hin kündigen können, wenn der Eigenbedarf für die Nutzung seiner Wohnung oder seines Geschäftslokals «bedeutend» und «aktuell» ist. Damit wird die früher geltende Voraussetzung des «dringenden Eigenbedarfs» neu und klarer gefasst und das Eigentumsrecht des Vermieters gestärkt.



Rolf Schläpfer

Katharina Iseli



Beat Hirt

Dean Kradolfer

Gesunde, robuste Schweizer Pflanzen aus Kesswil

Die Roth Pflanzen AG gehört zu den grössten Schweizer Baumschulen und bietet seit 1951 die besten Voraussetzungen für gesunde Schweizer Pflanzen. Auf gut 30 Hektaren Baumschulfläche werden jedes Jahr 90 000 Laub- und Nadelgehölze, 10 000 Rosen und 500 000 Stauden produziert. «Unsere 55 Mitarbeitenden pflegen unsere Pflanzen umweltbewusst, sorgfältig und nach aktuellen ökologischen Grundsätzen», führte Rolf Schläpfer, Eigentümer der Roth Pflanzen AG, an der Mitgliederversammlung aus.

Editorial



Geschätzte Freisinnige

Der Thurgau steht an einem Wendepunkt. In Zeiten, in denen staatliche Eingriffe und Regulierungen zunehmen, ist es unsere Aufgabe als FDP, unbeirrt für das zentrale Gut unserer Gesellschaft einzustehen: die Freiheit. Denn nur in einer freien Gesellschaft können Menschen ihre Ideen entfalten und kann die Wirtschaft florieren.

Unser Einsatz für einen schlanken Staat ist wichtiger denn je. Steuererhöhungen, wie sie aktuell im Raum stehen, lehnen wir entschieden ab. Wir müssen den Staat effizienter gestalten, nicht den Bürgern tiefer in die Taschen greifen. Das Vertrauen in die Eigenverantwortung und die Kreativität jedes Einzelnen sind der Kern freisinniger Politik.

Besonders dringlich ist auch die Verbesserung unserer Infrastruktur. Projekte wie die N23 (BTS) und OLS dürfen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Für den Thurgau als Wirtschaftsstandort und für die Lebensqualität der Bevölkerung brauchen wir endlich klare Fortschritte. Liebe Mitglieder, unser Auftrag ist klar: weniger Bürokratie, mehr Freiheit und ein starker Fokus auf das Wesentliche. Gemeinsam werden wir diese Herausforderungen angehen und den Thurgau auf Erfolgskurs halten. Ihr Einsatz und Ihre Überzeugung sind der Schlüssel dafür. Lassen Sie uns mutig vorangehen!

Gabriel Macedo, Parteipräsident



Wird der jahrelange Kampf der FDP belohnt?

N23/BTS-Korridorstudie vor dem Abschluss

Im Projekt N23/BTS werden in den kommenden Wochen wichtige Weichen gestellt. Zum einen hat das Astra versprochen, bis Ende 2024 die Korridorstudie abzuschliessen und der Öffentlichkeit vorzustellen. Zum anderen entscheidet das Schweizer Stimmvolk am 24. November über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. In diesem ist die N23/BTS zwar nicht enthalten, dennoch ist diese für den Thurgau richtungsweisend.

Anfang 2020 hat der Bund die Kantonsstrasse H14 und H474 zwischen Bonau, Weinfelden, Amriswil und Arbon übernommen, in N23 unbenannt und ist seither für den Betrieb, den Unterhalt und den Ausbau verantwortlich. Entsprechend hat der Kanton

Thurgau Ende 2019 das nach Nationalstrassenvorgaben ausgearbeitete Strassenbauprojekt BTS dem Bund übergeben. Bei der vom Thurgauer Stimmvolk deutlich beschlossenen Verkehrsanbindung sind Naturschutz, Gewässerschutz, Schutz der landwirtschaftlichen Flächen, Langsamverkehr, öffentlicher Verkehr, Denkmalschutz, Wald, Finanzierung und Mitwirkung der Bevölkerung umfassend einbezogen worden. «Es handelt sich nicht um reine Strassenprojekte, denn die Planungen waren viel umfassender», erklärt Peter Imbach, Projektleiter N23/BTS beim kantonalen Tiefbauamt.

FDP lanciert Petition und erhöht den Druck

Zehn Jahre nach dem Volksentscheid hat die FDP. Die Liberalen Thurgau im Januar 2022 die Petition «BTS umsetzen – jetzt!» lanciert und dazu weitere bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände ins Boot geholt. Die in gerade einmal 48 Stunden zusammengekommenen 1000 Unterschriften aus brei-

ten Bevölkerungskreisen haben aufgezeigt, wie dringlich das Anliegen in der Bevölkerung ist. Im Mai 2022 wurde die Petition schliesslich mit über 7000 Unterschriften vor dem Bundeshaus der Bundeskanzlei übergeben (siehe Bild Titelseite). Auch dank dem politischen Druck aus dem Thurgau sind Bundesrat und Parlament gewillt, die Verkehrssituation im Thurgau zu verbessern.

Im Status überprüfen

Die N23/BTS wurde ins Strategische Entwicklungsprogramm für Nationalstrassen (STEP) aufgenommen. Seit April 2023 befindet sich das von der Thurgauer Stimmbevölkerung 2012 beschlossene Mobilitätsprojekt im Status «Vorhaben, die im Rahmen von STEP-Nationalstrassen zu überprüfen sind». Aktuell unterzieht der Bund die für den Thurgau wichtige Verkehrsanbindung einer genauen Prüfung. Diese macht er im Rahmen einer Korridorstudie, welche das Bundesamt für Strassen (Astra) mit einer breit

Haltung der FDP:

den deutlichen Volksentscheid umsetzen

Für den Parteileitungsausschuss der FDP. Die Liberalen Thurgau ist klar: «Wir fordern eine echte Anbindung des ganzen Kantons an das Nationalstrassennetz. Punktuelle Verbesserungen reichen dafür nicht. Es geht um viel mehr als nur um Strassen: Die BTS und die OLS sind Entwicklungsprojekte, Erschliessungsprojekte, Lärmschutzprojekte und Umweltprojekte. Für eine umfassende Lösung setzen wir uns weiterhin vehement ein.»

«Bundesrat und Parlament sind gewillt, die Verkehrssituation im Thurgau zu verbessern.»

angelegten Analyse lanciert hat. Der Handlungsbedarf wurde ausgewiesen und vom Bund anerkannt. Dieses Frühjahr wurden verschiedene Lösungsvorschläge präsentiert, welche unter <https://www.astra.admin.ch> eingesehen werden können.

Umfassende Abwägung

Aktuell werden die verschiedenen Varianten der Korridorstudie gegeneinander abgewogen. Die für die Bestvariante in Frage kommenden Lösungen werden in den nächsten Wochen mit einer Behördenvertretung aus dem Thurgau besprochen. Die Korridorstudie soll bis Ende 2024 abgeschlossen und vom ASTRA der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Im Optimalfall wird die N23/BTS dann in die Besprechungen für die nächsten konkreten Ausbauschritte für Nationalstrassen aufgenommen.

Ohne BTS keine OLS

Die OLS, welche unter anderem auch Kreuzlingen entlasten würde, ist mit der BTS eng verknüpft. «Ohne BTS wird es auch keine OLS geben», dämpft Peter Imbach die Hoffnungen der lärm- und staugeplagten Bevölkerung in der Region Kreuzlingen.



Peter Imbach

23.09.2012:
Netzbeschluss
BTS/OLS
(Volksabstimmung).

01.01.2020:
Kantonsstrassen H14
und H474 werden zur
Nationalstrasse N23.



Der Bund will diesen Handlungsbedarf nun mit verschiedenen Strategien angehen. Diese reichen von der Basis- bis zur Maximalstrategie.



Anzeige

immokanzlei® AG
Sicherheit durch Partnerschaft

Vermarktung – Bewirtschaftung
Bewertung – Beratung

Unsere Leidenschaft. Ihre Immobilie.
www.immokanzlei.ch / +41 71 677 99 88



Richtungsweisende Abstimmung

In der Abstimmungsvorlage «Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen», über welche das Schweizer Stimmvolk am 24. November 2024 abstimmt, ist die N23/BTS zwar nicht enthalten. Für den Thurgau ist diese aber dennoch richtungweisend. Aktuell geht es um die fünf baureifen Projekte Wankdorf–Schönbühl, Schönbühl–Kirchberg, Rosenbergtunnel St. Gallen, Rheintunnel in Basel sowie Fäsenstaubtunnel in Schaffhausen. Die budgetierten Gesamtkosten von 4,9 Milliarden Franken werden aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) finanziert und betreffen die laufende Rechnung des Bundes nicht. Die geplanten Infrastrukturprojekte sollen Engpässe beseitigen und den Verkehrsfluss an neuralgischen Punkten verbessern. Von der dritten Röhre des Rosenbergtunnels profitiert die ganze Ostschweiz.

Bild: iStock

Es braucht dringend frischen Wind – denn nur Wirtschaftlichkeit führt zu tieferen Prämien

LiBERNale Gedanken

Die Kosten im Gesundheitswesen sind zu hoch. Noch etwas höher ist allerdings der Unwille zu Reformen.

Die einen träumen aus ideologischen Gründen von einem staatlichen, steuerfinanzierten Gesundheitswesen. Und verkaufen das der Bevölkerung als selig machende Lösung.

Ein bedingt erfolgreiches Umsetzungsbeispiel dafür ist England. Dessen Gesundheitswesen zeichnet sich durch lange Wartezeiten, starken Druck auf das Gesundheitspersonal und mangelnden Zugang zu Therapien aus. Solange ein solches System nicht eingeführt wird, wollen die Ideologen nichts ändern.

Die anderen betreiben Schattenboxen mit Scheinlösungen und stecken unter lautem Lamento den Kopf in den Sand. Weil sie der Bevölkerung keinen reinen Wein einschenken wollen. Also hüten sie sich davor, etwas zu ändern.

Die Rechnung dafür muss die Bevölkerung zahlen.

Dabei sind Lösungen da, die frischen Wind bringen würden: mehr Wettbewerb, cleverere Versicherungsmodelle. Alles Vorschläge, die von der FDP kommen. Ich würde mich freuen, wenn auch unsere politischen Mitbewerber aufschliessen würden: Ändern kann sich an der Prämienbelastung der



Menschen nur dann etwas, wenn wir die Wirtschaftlichkeit des Systems verbessern.

Die verdeckten und die offenen Gegner wirtschaftlicher Reformen erzählen die Mär, dass jede Änderung hin zu mehr Wettbewerb, Transparenz und klügeren Versicherungsmodellen die Versorgung der Bevölkerung gefährde.

Das ist nicht wahr.

Tatsache ist, dass beispielsweise viele Spitäler in verschiedenen Fachbereichen die von der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) empfohlenen Mindestfallzahlen nicht erreichen.

Dabei haben zu tiefe Fallzahlen doppelt negative Auswirkungen auf die Bevölkerung. Einerseits fehlt die Routine, was auf Kosten der Behandlungsqualität für Patientinnen und Patienten geht. Andererseits halten wir teure infrastrukturelle und personelle Ressourcen vor, die gar nicht genutzt werden. Das führt direkt zu Mehrkosten für die Prämienzahlenden.

Deswegen habe ich in einer Interpellation den Bundesrat gefragt, wie er mit diesem Umstand umgehen will – insbesondere, weil er in seinen Vorgaben zur Spitalplanung die Kantone auffordert, auch Mindestfallzahlen zu berücksichtigen.

Tiefere Prämien entstehen durch mehr Wirtschaftlichkeit – so einfach ist das.

Und noch ein Wort zur Tagesaktualität: Die Reform zur einheitlichen Finanzierung behebt einen offensichtlichen Systemfehler. Deswegen ist sie richtig und wichtig. Natürlich lösen wir mit dieser Reform nicht alle Probleme im Gesundheitswesen – dafür braucht es mehr, siehe oben.

Aber die Reform ist ein sinnvoller Schritt in die richtige Richtung. Damit weiter aufgeräumt werden kann – zugunsten der Bevölkerung.

Kris Vietze, Nationalrätin



Abschied nach zwei Jahrzehnten

Danke, Anders Stokholm!

20 Jahre nach seiner ersten Wahl in den Kantonsrat zieht sich Anders Stokholm aus der kantonalen Politik zurück und wird im kommenden Frühjahr auch beruflich neue Wege gehen. Die FDP. Die Liberalen Thurgau hat Anders Stokholm viel zu verdanken.

Die Freiheit wurde ihm buchstäblich in die Wiege gelegt. Seine Eltern gründeten in Dänemark eine liberale Partei. Dass Anders Stokholm später in der Schweiz der FDP beigetreten ist, hatte viel mit dem Thema Freiheit zu tun. «Ich erinnere mich, wie ich als damaliger Gemeindeammann von Eschenz in verschiedenen Parteien eine Abstimmungsvorlage vorstellen durfte.» Nur in einer Partei hätten die Anwesenden nicht mit Handerheben und deshalb im Gruppenzwang die Parole gefasst. Anders Stokholm freut sich, dass die FDP-Mitglieder für Parolenfassungen auch heute noch geheim mit Stimmzetteln abstimmen.

Keine Scheu vor Arbeit und Verantwortung

2004 wurde Anders Stokholm erstmals in den Kantonsrat gewählt. Mit seiner Funktion als Direktor des Thurgauer Sozialversicherungszentrums in den Jahren 2008 bis 2015 war das Grossratsmandat nicht mehr kompatibel. Nach der Wahl als Frauenfelder Stadtpräsident folgte 2016 die erneute Wahl in den Kantonsrat. 2018 übernahm Anders Stokholm das Fraktionspräsidium, führte in dieser Zeit mehr als 120 Fraktionssitzungen und gehörte insgesamt zehn Jahre der Parteileitung an. Zweimal stellte er sich für die FDP als Nationalratskandidat zur Verfügung und sprang auch einmal in die Bresche als Wahlkampfleiter.

Viele Spuren

Thematisch hat er ebenfalls viel bewegt. Die Bewilligungspflicht von mobilen Bauten und Anlagen

ist dank einem Vorstoss von Anders Stokholm vereinfacht worden. Das Finanzhaushaltsgesetz, eines der zentralen kantonalen Gesetze, ist unter seiner Führung überarbeitet worden. Als Präsident des Schweizer Städteverbandes und der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft stärkte der 58-Jährige den Einfluss des Thurgaus in nationalen Gremien. Auch thematisch blickte Anders Stokholm stets über den Tellerrand. So bezeichnete er die demografische Entwicklung respektive den damit verbundenen Generationenvertrag schon vor Jahren als eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Danke, lieber Anders, für deinen wertvollen Einsatz für die FDP und die schöne Zusammenarbeit mit dir.

Marie-Theres Brühwiler

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat» – Wortspiele, gewollte und ungewollte

Rückblickend auf zwölf Jahre im Grossen Rat bleiben mir neben vielen mehr oder weniger spannenden Debatten auch einige Bonmots in Erinnerung. Am nachhaltigsten eingepägt hat sich die Feststellung unseres einstigen Fraktionspräsidenten Hans Munz: «Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem.» Womit er sich selber denn auch kurzfasste. Oder aber das Zitat des Schriftstellers Edward Forster, das mir im Zusammenhang mit manch einem Votum jeweils in den Sinn kam: «Woher soll ich wissen, was ich denke, bevor ich höre, was ich sage?» Doch nicht jeder und jede im Grossen Rat hat freiwillig solche Bonmots von sich gegeben. Ich verzichte aus Persönlichkeitsschutzgründen auf Namensnennung. Ein Kantonsrat wollte bei einer

Grosser Einsatz, viele Talente

Parteipräsident Gabriel Macedo: «Anders Stokholm konnte Menschen verbinden, Kompromisse schmieden, mobilisieren und begeistern. Stets das grosse Ganze im Blick, hat Anders Stokholm mutig auch heisse Themen angefasst und unsere Partei weitergebracht. «Es geht nicht» oder «Ich habe keine Zeit» existierten nicht in seinem Wortschatz. Sein Weitblick, seine Ruhe, seine Besonnenheit, seine kommunikativen Fähigkeiten, aber auch sein Talent, selbst in komplexen Situationen innert kürzester Zeit den Durchblick zu haben, waren beeindruckend.»

Brigitte Kaufmann, alt Kantonsrätin und alt Grossratspräsidentin: «Auf Augenhöhe mit unserem Fraktionspräsidenten zu diskutieren, war eine Herausforderung für mich. Ich musste jeweils eine Treppe suchen und mindestens zwei Stufen erklimmen, um einigermaßen auf gleicher Höhe zu sein. Abgesehen davon habe ich seine Fraktionsführung sehr geschätzt. Anders Stokholm hat die Diskussion, was liberale und freisinnigen Politik im Kern ausmacht, in der Fraktion gefördert und uns alle gefordert. Seine ausgeprägte Begabung, zuhören zu können und in einem umstrittenen Geschäft miteinander den gemeinsamen freisinnigen Gehalt zu entwickeln, hat zudem zu einer starken Geschlossenheit der Fraktion in zentralen Fragen unseres Kantons geführt.»

Anders Stokholm



Die politische Arbeit im Grossen Rat umfasst viele interessante Aspekte und erfordert die Trennung von Wünschbarem und Realisierbarem. Der neue Fraktionspräsident Thomas Leu sieht gleichwohl Raum, um Ideen und Lösungsvorschläge aus den FDP-Reihen zu platzieren und im Zusammenspiel mit anderen politischen Akteuren durchzusetzen.

«Alle, die wollen, sollen erfolgreich sein können. Dafür will ich meinen Beitrag leisten», sagt Thomas Leu, seit 1. Oktober Fraktionspräsident der FDP. Die Liberalen Thurgau. Der Kantonsrat und selbstständige Anwalt aus Mannenbach-Salenstein ist hochmotiviert, den Thurgau der Chancen weiter mitzugestalten. «Die politische Arbeit im Grossen Rat fasziniert mich. Sie erfordert eine saubere Vorbereitung und eine präzise Trennung von Wünschbarem und Realisierbarem.» Gleichwohl müsse die FDP Ideen und insbesondere Lösungsvorschläge aufbringen und in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen umsetzen. Im Fraktionspräsidium sieht sich Thomas Leu zum einen in der Verantwortung, die Fraktionssitzungen so vorzubereiten, dass eine fruchtbare Diskussion der entscheidenden Themen und die Setzung von Schwerpunkten sowohl in der politischen Arbeit als auch in der Kommunikation möglich sind. «Wir sind konsequent, lösungsorientiert, zukunftsgerichtet und müssen auch so wahrgenommen werden. Unsere klare Haltung muss nicht immer allen passen.»

Jetzt die Dinge an die Hand nehmen

«Selber machen. Jetzt!»: So lautete nicht nur das

Wahlmotto von Thomas Leu bei den letzten Nationalratswahlen. Der Thurgauer Leu lebt es. Der 47-Jährige, der mit seiner Frau Nathalie und seiner Tochter in Mannenbach-Salenstein wohnt, ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. «Ich will mich für unseren Thurgau und unsere Schweiz einsetzen – aus Überzeugung, mit Biss und Ausdauer. Wenn wir die Dinge an die Hand nehmen und handeln, können wir eine erfolgreiche Zukunft für uns und kommende Generationen gestalten», ist der Präsident des Hauseigentümerverbandes Kreuzlingen und Umgebung überzeugt. Thomas Leu ist interessiert an einem vielfältigen und abwechslungsreichen Leben und zahlreichen Kontakten zu vielen interessanten Menschen. «Ich fühle mich einzig dem Ergebnis verpflichtet, unseren Thurgau und unsere Schweiz vorwärtszubringen», sagt der im April 2024 in den Thurgauer Kantonsrat Gewählte und frühere Gemeinderat von Bottighofen.

Grosse Motivation

«Motivation ist in der Politik zentral.» Diese habe mit seiner Nationalratskandidatur nochmals einen grossen Schub erfahren. Zusammen mit seinen ebenfalls hochmotivierten Fraktionskolleginnen und -kollegen will Thomas Leu Lösungen erarbeiten statt Probleme bewirtschaften und Freiraum für jene schaffen, die erfolgreich sein wollen. «Denn Innovation und Erfolg sind nur mit einer gewissen Freiheit möglich.»

Marie-Theres Brühwiler

Keine Steuererhöhungen auf Kosten der Bevölkerung

Die FDP-Fraktion lehnt eine Steuererhöhung für das Jahr 2025 dezidiert ab. Die Herausforderungen liegen nicht auf der Einnahmenseite, sondern bei den Ausgaben. Die FDP fordert klare Priorisierungen und eine schlankere Staatsführung, um den Kanton auch in Zukunft auf finanziell stabile Beine zu stellen.

Die Thurgauerinnen und Thurgauer sind mit steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert. Eine zusätzliche Steuerbelastung ist nicht vertretbar. Der Staat muss effizienter und bürgernaher werden und Sparpotenziale ausschöpfen. Der Kanton hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Staatliche Aufgaben und Leistungen müssen kritisch überprüft und priorisiert werden. Der Staat muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren. Oberstes Ziel ist es, den Kanton langfristig finanziell zu stabilisieren. Die vom Regierungsrat im Budget 2025 beantragten Stellenerhöhungen führen zu einem weiteren Anstieg der Ausgaben. Die FDP wird genau darauf achten, wo neue Stellen geschaffen werden und ob diese wirklich notwendig sind. Effiziente Prozesse und spürbare Digitalisierungsschritte müssen Priorität haben, um den Personalbestand nicht weiter aufzublähen. Der Kanton Thurgau hat fette Jahre hinter sich, in denen Reserven gebildet werden konnten. Bevor Steuern erhöht werden, können Reserven abgebaut und Ausgaben nachhaltig reduziert werden. Eine nachhaltige Finanzpolitik darf nicht auf dem Buckel der Bevölkerung umgesetzt werden. Der Kanton Thurgau braucht jetzt eine kluge und verantwortungsvolle Haushaltsführung, um die Zukunft erfolgreich anpacken zu können. Eine Steuererhöhung auf Kosten der Bevölkerung lehnt die FDP-Fraktion für das Jahr 2025 dezidiert ab und fordert stattdessen eine Aufgabenverzichtsplanung.

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Vorstösse der letzten Wochen

Einfache Anfrage von Gabriel Macedo und Andreas Opprecht «Immer weniger Traulokale im Thurgau»; Motion u. a. von Manuela Fritschi «Schaffung der Gewährung der Sonderschulung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gemäss Art. 62 Abs. 3 BV»; Interpellation u. a. von Dean Kradolfer «Gewährleistung von Bargeldzahlungen in kantonalen Einrichtungen».

Gemeinsam für einen vielfältigen Thurgau

Wir gratulieren und danken

Frank Zellweger ist vom Grosen Rat als Mitglied der Rekurskommission in Anwaltsachen gewählt worden und übernimmt damit die Nachfolge von Markus Bürgi. Als ehemaliger Präsident des Thurgauer Anwaltsverbandes bringt Frank Zellweger beste Voraussetzungen für das Amt mit.



Die FDP unterwegs

Unsere Ortsparteien sind aktiv. So etwa mit einem Messestand an der Gewerbemesse in Aadorf, an den Herbstmärkten in Altnau und Wängi, an der Spielstrasse in Kreuzlingen sowie an mehreren Neuzugelerlässen. Die beliebten «Auf ein Bier»

und auf «Auf ein Glas Wein» werden wie die Anlässe unter dem Titel «Herausforderung Energie» weitergeführt. Eine grosse Thurgauer Delegation nahm zudem an der nationalen FDP-DV in Tenero teil.



Aron Signer Bei den Ersatzwahlen in den Romanshorner Stadtrat schwang Aron Signer deutlich obenaus. Der 27-jährige Sekundarlehrer gewann den Wahlgang mit 1283 Stimmen klar und ist für den Rest der Legislaturperiode 2023 bis 2027 gewählt. Damit hat die FDP neu zwei Sitze im Romanshorner Stadtrat.

Esther Michaud übernimmt die Leitung der Fachgruppe «Gesundheit und Soziales». Als langjährige Fachfrau Operationstechnik HF und ehemalige Präsidentin des nationalen Berufsverbandes SGSV weiss Esther Michaud, wo der Schuh im Gesundheitswesen drückt.



Begeisterung am Supporter Anlass

Mit traditionellen, modernen und edlen Materialien auf höchstem Niveau, innovativ und mutig, stets mit dem Blick nach vorne: Die Schreinerei Kocherhans AG produziert in Kreuzlingen seit 1957 Massgeschneidertes für die individuellsten Wohnräume. Firmeninhaber Jürg Kocherhans begrüsst rund 50 FDP-Supporter in der grössten Ausstellung für Küchen und Innenausbau in der Region. Von Nationalrätin Kris Vietze erfuhren die Freunde der Freiheit, weshalb die Liberalen im Bundesparlament wichtiger denn je sind. Denn leider werde zuneh-

mend häufiger weit weg von einem freiheitlichen Verständnis einer wirtschaften Gesellschaft freier Menschen politisiert. «Die Menschen müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten.» Thomas Leu, Präsident der FDP-Supporter, freute sich über das grosse Interesse der Anwesenden und bedankte sich bei ihnen für die grosse Unterstützung. Hobbykoch Renato Menegola begeisterte in der Showküche mit Kulinarischem und lieferte den Beweis, dass Kocherhans-Küchen sowohl ästhetisch wie auch praktisch höchsten Ansprüchen gerecht werden.



Irma Schatt gewinnt die 18. Staffel der «SRF-Landfrauenküche». Die Dussnangerin ist nicht nur eine talentierte Köchin, sondern auch eine erfolgreiche Unternehmerin. Seit 2001 führt sie gemeinsam mit ihrem Mann die Urs Schatt Tiefbau GmbH. Irma Schatt, Mitglied in der FDP. Die Liberalen Fischingen, lebt ihre Kochleidenschaft und ihr Talent als Gastgeberin zudem in ihrem Schatt-Stübli in Dussnang aus.



Bild: iStock, Micha Steinmann



Mietrechtsanpassungen

Für faire Regeln und gegen Missbrauch

Die beiden Mietrechtsvorlagen zur Untermiete und zum Eigenbedarf sorgen für faire und klare Regeln, schaffen Rechtssicherheit und schützen vor Missbrauch. Davon profitieren insbesondere auch Mieterinnen und Mieter.

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Änderungen des Mietrechts im Obligationenrecht ab. Die eine Vorlage betrifft die Untermiete, die andere den Eigenbedarf des Eigentums. Beide Vorlagen betreffen nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Sie schaffen aber faire und klare Regeln und bieten Lösungen für störende Einzelfälle, unter denen heute sowohl die Eigentümerschaft als auch die Mieterschaft sowie weitere Mietparteien im gleichen Gebäude leiden.

National- und Ständerat haben im September 2023 zwei Anpassungen des Obligationenrechts im Bereich des Mietrechts verabschiedet. Der Mieterverband hat am 16. Januar 2024 die nötigen Unterschriften für ein Referendum eingereicht und führt unter dem Slogan «Nein zum Angriff auf das Mietrecht» eine polemische und faktenferne Gegenkampagne.

Untermiete

Was bleibt gleich? Mieter dürfen eine Mietwohnung oder ein Geschäftslokal weiterhin ganz oder teilweise untervermieten. Zum Beispiel, wenn sie einen Auslandsaufenthalt planen und danach in ihre Mietwohnung zurückkehren wollen. Oder wenn sie als Hauptmieter eine WG bilden möchten.

Was ändert sich? Wenn ein Mieter seine Wohnung untervermieten will, muss er künftig ein schriftliches Gesuch stellen und eine schriftliche

Zustimmung des Vermieters einholen. Neu muss der Vermieter einer Untervermietung, die länger als zwei Jahre dauert, nicht zwingend zustimmen. Die Untermiete bleibt aber weiterhin auch für Zeiträume über zwei Jahre möglich – Mieter und Vermieter sind nämlich frei, einvernehmlich abweichende Regelungen zu vereinbaren.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Indem man Abmachungen schriftlich festhält und Kriterien verbindlich definiert, schaffen wir Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Diese Lösung ist daher für Mieter und Vermieter vorteilhaft. Auch die Untermieter profitieren von diesen neuen Bestimmungen. Sie bieten mehr Rechtssicherheit und schützen sie vor Missbrauch und Willkür.

Eigenbedarf

Was bleibt gleich? Die Rechte der Mieter werden nicht geschmälert. Mieter haben weiterhin das Recht, die Kündigung, auch bei Eigenbedarf, anzufechten und ein Erstreckungsgesuch zu stellen. Die Schlichtungsbehörde überprüft weiterhin die Zulässigkeit der Kündigung und die Möglichkeit der Erstreckung kostenlos.

Was ändert sich? Die heutigen Anforderungen an die Beweisführung für eine Kündigung wegen **dringenden** Eigenbedarfs sind unpräzise. Im Gesetz soll deshalb die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Diese vorgeschlagene

Änderung beschlägt also nur die wenigen vom Gesetz vorgesehenen Fälle, wo eine Dringlichkeit des Eigenbedarfs vorausgesetzt ist. Insbesondere erleichtert es Personen, die eine bisher vermietete Wohnung oder ein Geschäftslokal kaufen, ihr Eigentum innerhalb einer vernünftigen Frist auch tatsächlich selbst nutzen zu können.

Warum sind diese Änderungen wichtig? Die Unsicherheiten bei der Definition der Dringlichkeit eines Eigenbedarfs werden beseitigt und durch eine klarere Formulierung ersetzt. Die Mietrechtsvorlage zum Eigenbedarf gewährleistet eine faire Interessenabwägung und liegt damit im Interesse von Mietern und Vermietern. Und die Mieter haben weiterhin das Recht, Entscheide vor Gericht anzufechten.

Aus obigen Gründen bitten wir Sie, den Mietrechtsänderungen am 24. November 2024 zuzustimmen.

JA zu den beiden Mietrechtsvorlagen



Patricia von Falkenstein,
Nationalrätin LDP Kanton Basel-Stadt

Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen.
Bild: iStock, gorodenkoff



Kosten sparen, Versorgung verbessern

Ja zur einheitlichen Finanzierung

Am 24. November 2024 haben wir die Chance, an der Urne der einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen zuzustimmen und damit Ja zu einer Reform im Gesundheitswesen zu sagen. Eine Mehrheit der Parteien, Verbände und Organisationen steht hinter dieser Vorlage. Auch die Konferenz der Kantonsregierungen und der Schweizerische Gemeindeverband sagen Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen. An der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero vom 19. Oktober 2024 wurde die Vorlage ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen stetig, die Krankenkassenprämien belasten das Haushaltsbudget. Dennoch wollen wir uns zu Recht eine hochstehende Gesundheitsversorgung leisten, die Gesundheit ist wichtig. Dank medizinischem Fortschritt lassen sich immer mehr Behandlungen und Eingriffe ambulant durchführen. In den umliegenden Ländern und weltweit werden heute viel mehr ambulante Eingriffe durchgeführt als in der Schweiz. Bei uns geschieht dies nur zögerlich, weil die finanziellen Anreize falsch gesetzt sind.

Aus folgenden Gründen sind ambulante Behandlungen sinnvoll: Sie sind kostengünstiger und weniger personalintensiv. Letzteres ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen ein wesentliches Argument. Weiter treten bei ambulanten Behandlungen weniger Infektionen durch Spitalkeime auf, welche unter Umständen gefährliche Komplikationen nach sich ziehen. Nicht zuletzt entspricht es oft auch dem Patientenwunsch, nur kurz im Spital zu verweilen und möglichst rasch in den eigenen vier Wänden zu genesen.

Finanzierungsmodelle der Gesundheitskosten und ihre Folgen

Ambulante Leistungen werden heute zu 100% von den Krankenkassen bezahlt – stationäre hingegen nur zu 45%, die restlichen 55% übernimmt der Kanton. In der Pflegeleistung sind die Kosten ungefähr hälftig aufgeteilt. Dieser Fehlanreiz führt zu unnötigen Hospitalisationen und höheren Behandlungskosten ohne Steigerung der Behandlungsqualität. Neu sollen medizinische Leistungen mit einem konstanten Finanzierungsschlüssel bezahlt werden, unabhängig von der Behandlungsart. Dadurch richtet sich der Entscheid einer Behandlungsart rein auf die medizinische Notwendigkeit. Versorgungsketten sowie koordinierte Versorgung können gestärkt werden, so dass bei den Gesundheitskosten jährlich insgesamt bis zu 440 Millionen. Franken eingespart werden können.

Was geschieht mit den Gesundheitskosten ohne Reform?

Dank medizinischem Fortschritt würde sich der Trend zur ambulanten Medizin auch nach einem

«Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet.»

Nein zur einheitlichen Finanzierung fortsetzen. Die Kosten im Gesundheitswesen würden damit weiterhin zu den Krankenkassen verschoben. Weitere übermässige Prämienerschübe wären vorprogrammiert.

Ja zur einheitlichen Finanzierung im Gesundheitswesen

Meine Meinung ist klar: «Mit dieser Vorlage wird eine langjährige Forderung umgesetzt, welche eine echte Reform im Gesundheitswesen bedeutet, Kosten spart und die Qualität hoch hält. Deshalb stimme ich am 24. November aus Überzeugung Ja zur einheitlichen Finanzierung.»

**JA zur einheitlichen
Finanzierung!**



Bettina Balmer,
Kinderchirurgin und Nationalrätin ZH

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt

Leistungsfähige Autobahnen ohne Stau

Die Nationalstrassen machen nur 3% des gesamten Strassennetzes aus, nehmen aber rund 40% des Personenverkehrs und etwa 70% des Güterverkehrs auf. Autobahnen sind also hoch effiziente und effektive Verkehrsinfrastrukturen.

Jährlich stehen wir rund 49 000 Stunden im Stau, was die Volkswirtschaft gegen drei Milliarden Franken kostet. Seit 1990 hat sich der Verkehr verdoppelt. Ohne Massnahmen wird bis 2040 ein Viertel der Nationalstrassen überlastet sein. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig zu investieren, damit die Verkehrswege für Personen und Güter weiterhin funktionieren. Besonders in den Agglomerationen und Städten ist es zentral, dass die untergeordneten Strassennetze funktionieren, was den öffentlichen Verkehr sowie den Nahverkehr stärkt.

Das Ziel ist es, den Verkehr auf die Autobahnen zu lenken und die anderen Strassen zu entlasten, damit Fussgänger und öffentliche Verkehrsmittel ungehindert zirkulieren können. Wenn die Nationalstrassen dauerhaft verstopft sind, geht das zu Lasten aller Verkehrsteilnehmer.

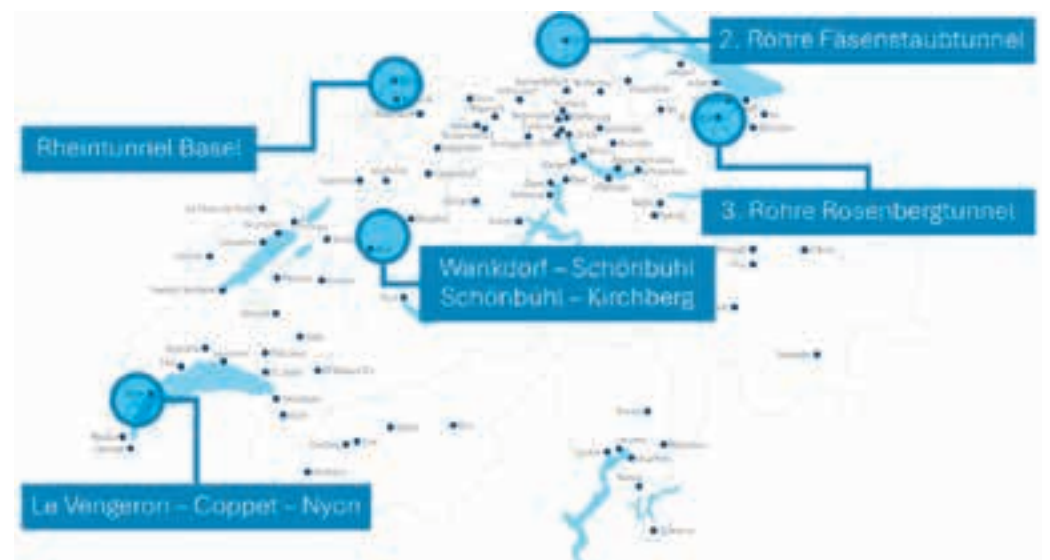
Mit der Abstimmung über die Weiterentwicklung der Nationalstrassen, wird eine intelligente und clevere Verkehrspolitik weitergeführt. Wer steht schon gerne im Stau? – Niemand! Stattdessen ist es sinnvoll, punktuell gezielte Projekte zu realisieren, um den Verkehrsfluss auf den Autobahnen zu verbessern. Ein Beispiel ist die Eröffnung des dritten Tunnels am Baregg. Seit der Eröffnung hat der Verkehr dort nur mässig zugenommen, aber der Verkehrsfluss hat sich verbessert.

Dasselbe gilt für den Ausbau der Autobahnstrecke zwischen Härkingen–Gunzgen–Wiggertal. Der Verkehrsfluss konnte massiv gesteigert werden. Das Verkehrschaos aufgrund zu geringer Kapazität gehört der Vergangenheit an. Seit Inbetriebnahme der sechs Spuren ist das Verkehrsaufkommen konstant geblieben, aber der Verkehr verläuft heute problemlos. Die Kantonsstrassen wurden in beiden Fällen ebenfalls entlastet.

Ein aktuelles Beispiel für die Entlastung der übrigen Strassen ist der Gubrist-Tunnel:

Seit der Eröffnung der neuen Röhre am Gubrist hat sich der Verkehr auf der Kantonsstrasse um 20% reduziert.

Das ist eine klare Winwin-Situation: einerseits für diejenigen, die auf der Nationalstrasse flüssig vor-



Abstimmungsprojekte vom 24. November 2024.

ankommen, und andererseits für die Anwohner, die weniger Verkehr auf der Kantonsstrasse vorfinden.

Engpässe beseitigen

Engpässe gibt es überall in der Schweiz, von der Romandie bis in die Ostschweiz. Bei der Abstimmung über den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen geht es darum, die gravierendsten Engpässe der Stufe drei zu beheben. Das umfasst Umfahrungen von Stadtzentren und Orten ohne alternative Routen.

- 6 Projekte
- 3 Tunnelprojekte
- 0 Kilometer neue Strasse
- 8 Hektaren Bedarf an Fruchtfolgefleichen, was etwa 11 Fussballfeldern entspricht
- 0,0017% der gesamten Fruchtfolgefleichen der Schweiz
- 5,3 Milliarden CHF für Erweiterungsprojekte
- 8,8 Milliarden CHF für Unterhalt

Die einzelnen Projekte in der ganzen Schweiz sind in der Grafik oben zu sehen. In der Summe ergibt sich ein äusserst wichtiges und stimmiges Investitionsprogramm für die gesamte Schweiz.

Wer Strassen zweckmässig baut, steht weniger im Stau.

Es geht nicht darum, Strasse und Schiene gegeneinander auszuspielen, wie es linke und grüne Vereinigungen und Parteien oft tun, sondern um ein Nebeneinander von Strasse und Schiene, damit die Schweiz vorwärtskommt.

**JA zu leistungsfähigen
Autobahnen ohne Stau!**



Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE und Mitglied UREK-N

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt



FDP
Die Liberalen



JA

24. Nov. 2024

**Sicherung der
Nationalstrassen**

zusammen-vorwaertskommen.ch

Unser Steuersystem ist ungerecht

Kommentar von Anna Giacometti

Zu den Eigenheiten unserer Demokratie gehört es, dass wir manchmal über Vorlagen abstimmen, die enorm kompliziert sind oder deren Folgen wir kaum abschätzen können. Eine Ausnahme macht die Initiative der FDP-Frauen für die Individualbesteuerung – sie ist geradezu erfrischend einfach: «Natürliche Personen werden unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert.»

Dieser Grundsatz soll neu in der Bundesverfassung verankert und auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden eingeführt werden. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass es bei den Steuern keinen Unterschied machen soll, ob jemand alleinstehend, liiert, verheiratet, getrennt, geschieden oder verwitwet ist. Deshalb habe ich die Initiative als Mitglied des Initiativkomitees vom ersten Tag an mitgetragen.

Heute werden Ehepaare und Paare in eingetragener Partnerschaft gemeinsam besteuert. Weil die Einkommen beider Partner zusammengezählt werden, bezahlen sie wegen der Steuerprogression höhere Steuern, die sogenannte Heiratsstrafe. Gehen beide Teile eines Ehepaars arbeiten, wird ein guter Teil des Zweiteinkommens durch die höheren Steuern «aufgefressen». Der Anreiz, dass beide Partner arbeiten, wird dadurch viel kleiner. Hat das Paar Kinder, ist der Effekt noch grösser: Zusätzlich fallen dann die Kosten für die externe Kinderbetreuung

an. Vom Lohn der Zweitverdienenden bleibt in der Praxis fast nichts mehr übrig. Viele Fachkräfte – oft sind es Frauen – bleiben deshalb zu Hause und gehen dem Arbeitsmarkt verloren.

Das Anliegen der Initiative wird seit mehr als 20 Jahren diskutiert und geniesst eine breite Unterstützung. Eine Individualbesteuerung hätte für die Familien und für die Wirtschaft grosse Vorteile. Das Thema trifft offenbar einen Nerv: In der Debatte zur Initiative während der Herbstsession wollten 68 Nationalrätinnen und Nationalräte ans Rednerpult treten. In der Sache gibt es zwei klare Lager: Die SVP und die Mitte sind dagegen, FDP, SP, GLP und die Grünen sind dafür.

Aber die Individualbesteuerung ist nicht etwa ein linkes Anliegen: Vielmehr hilft sie der Wirtschaft, dringend benötigte Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zurückzuholen, und sie schafft eine Ungerechtigkeit aus der Welt, die vor allem Frauen betrifft und schon lange abgeschafft gehört. Denn niemand – auch

nicht die Gegner unserer Initiative – konnte mir erklären, warum die Steuerlast vom Zivilstand abhängig sein soll.

Auch der Bundesrat ist von dem Anliegen überzeugt. Statt es nur beim Initiativtext zu belassen, hat er dem Parlament gleich einen Gesetzesentwurf übergeben, der die Umsetzung der Initiative viel schneller regeln könnte als die Initiative. Der Nationalrat hat ihn angenommen. Nun blicken alle gespannt auf den Ständerat: Sagt er Ja und wird gegen das Gesetz kein Referendum ergriffen, kann die Idee dank der Vorarbeit des Bundesrates rasch umgesetzt werden. Sagt der Ständerat Nein, geht die Initiative vor das Volk. Schon jetzt ist aber sicher, dass die Schweiz noch nie so nahe daran war, dieses wichtige Anliegen umzusetzen.

Unsere Gesellschaft ist von Diversität geprägt und beinhaltet verschiedene partnerschaftliche Lebensmodelle. Die Individualbesteuerung würde allen Arten des Zusammenlebens gerecht und das Steuerrecht würde endlich die Gleichstellung aller Lebensmodelle vorantreiben!



Anna Giacometti, Nationalrätin GR



Aufatmen nach der Entscheidung im Nationalrat zur Individualbesteuerung am 25. September 2024. Bild: Lisa Vincenz

Übergabe der kantonalen Initiative «Blitzerabzocke stoppen!» der Jungfreisinnigen Aargau am 18. September 2024 in Aarau. Bild: Jungfreisinnige Aargau



Blitzerabzocke stoppen!

Volksinitiative der Jungfreisinnigen Aargau

Die Jungfreisinnigen Aargau konnten im September die Initiative «Blitzerabzocke stoppen!» mit über 3000 Unterschriften erfolgreich einreichen. Feste Blitzer sollen künftig der Sicherheit dienen und nicht als verdeckte Einnahmequelle missbraucht werden.



Bild: iStock, Lucia Gajdosikova

Blitzerabzocke stoppen – Initiative eingereicht!

Autofahrerinnen und Autofahrer scheinen oft die Lieblingsmilchkuh der Behörden zu sein, wenn es darum geht, die Staatskassen zu füllen. Ein besonders beliebtes Instrument, um den Automobilisten zu melken, sind fest installierte Blitzer. Meist werden diese Blechpolizisten unter dem Deckmantel der Verkehrssicherheit eingesetzt, dienen aber in erster Linie dem Eintreiben von Geldern.

Unsere Initiative «Blitzerabzocke stoppen» fordert, dass feste Blitzer nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen. Kontrollinstrumente sollten kein primäres Mittel zur Geldeintreibung sein, sondern müssen sich durch ihren Beitrag zur Sicherheit rechtfertigen – ein rechtsstaatlicher Grundsatz.

Dienen feste Blitzer wirklich nur der Sicherheit?

Im Kanton Aargau gab es lange Zeit die ungeschriebene Regel, auf fest installierte Blitzer zu verzichten und stattdessen auf mobile Kontrollen zu setzen, um die Verkehrssicherheit zu gewähr-

leisten. Diese Regel wurde jedoch gebrochen, als 2020 in Baden ein fester Blitzer an der Gstühl-Kreuzung aufgestellt wurde. Obwohl die Kreuzung über Jahrzehnte fast unfallfrei war, hat dieser Blitzer seit seiner Installation unglaubliche 7 Millionen Franken eingebracht – ein klarer Fall von Abzocke statt echter Sicherheit.

Unsere Forderung richtet sich also nach dem, was die Befürworter der festen Blitzer immer behaupten: Der Einsatz diene ausschliesslich der Verkehrssicherheit. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, wird unsere Initiative diese Praxis unterstützen. Wenn aber Blitzer missbraucht werden, um die Staatskassen zu füllen, schützt unsere Initiative die Bürgerinnen und Bürger vor unverhältnismässigen Kontrollen.

Die Bevölkerung entscheidet als Nächstes

Das Zustandekommen unserer Initiative ist für uns ein grosser Erfolg, aber unser Kampf geht weiter. Jetzt liegt es an den Stimmberechtigten im Kanton Aargau, zu verhindern, dass feste Blitzer zur Geldeintreibung missbraucht werden.



Tim Voser, Präsident Jungfreisinnige Aargau

Flüchtlingslager syrischer Flüchtlinge an der türkischen Grenze (2020), Bild: iStock, News Cameraman Video Journalist



Im Brennpunkt der Migration: Türkei

Zwischen Gastfreundschaft und Überlastung

Die Türkei an der Brücke zwischen Asien und Europa war seit jeher Durchgangsland für viele Völker und Stämme. Sie spielt auch eine zentrale Rolle in der illegalen Migration. Doch nicht nur diese macht dem Land zu schaffen.

Flüchtlinge als Pfand

Besonders akut war die Situation 2015. Da konnten wir auch an unseren Stränden Schlauchboote beim Ablegen beobachten. Ein Abkommen von 2016 zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass Asylsuchende, die nach dem Transit durch die Türkei auf den griechischen Inseln in der Ägäis in den EU-Raum gelangen, wieder in die Türkei

abgeschoben werden. Im Gegenzug sagte die EU zu, schutzbedürftige Personen aus der Türkei aufzunehmen. Zudem versprach die EU bis Ende 2018 sechs Milliarden Euro für Projekte in der Grundversorgung, Gesundheit und Bildung für Flüchtlinge zu. Im Juni 2021 sagte sie weitere drei Milliarden Euro zu. Die Zahl der illegalen Migranten ist seither massiv zurückgegangen. Gleich-



Migrationswege in die und aus der Türkei. Bild: iStock, PeterHermesFurian

zeitig hat die türkische Regierung mit ihnen eine Art Pfand in der Hand, um weitere Leistungen der EU zu fordern.

Die grosse Herausforderung für die Türkei sind aber die 3,2 Millionen Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Die meisten leben nun schon seit Jahren in schwierigen Verhältnissen im türkischen Grenzgebiet, immer in der Hoffnung, in ihr Heimatland zurückzukehren. Die enorme Belastung der Ressourcen und Infrastruktur lässt die sprichwörtliche türkische Gastfreundschaft schwinden.

Binnenmigration

Ein Teil der syrischen Flüchtlinge genau wie Türken aus den verarmten Gegenden in Ostanatolien versuchen ihr Glück zunehmend in Istanbul. Dort verrichten sie vor allem Arbeiten im Tieflohnsektor und drücken die Löhne selbst da noch. Für lokale Arbeiter wird es zunehmend schwierig, Geld zu verdienen oder eine Unterkunft zu finden. Zudem verändern ganze Quartiere ihr Gesicht. Wo noch vor Kurzem westliche Kleidung das Strassenbild prägte, sieht man heute vielerorts Leute in ihren traditionellen Gewändern. Freunde von uns berichten, dass sie ihre Stadt kaum wiedererkennen. Sie sind daher wie so viele nach Izmir gezogen.

Zur Binnenmigration hat auch die Erdbebenkatastrophe vom Februar 2023 in der Grenzregion zu Syrien beigetragen. Der Wiederaufbau ist eine gigantische Aufgabe und geht schleppend voran. Von den über 20 Millionen Betroffenen leben heute noch viele Millionen in Trümmern. Es sind aber auch Hunderttausende irgendwo im Land untergekommen. Südlich von Izmir sind ganze Stadtviertel für Ankömmlinge neu gebaut worden.

Exodus der Jungen

Zum Schluss noch ein letzter Strom, der die Türkei noch teuer zu stehen kommen wird. Immer mehr gut ausgebildete junge Leute sehen keine Zukunft in ihrem Land, wo die Wirtschaft stockt. Nach der Hyper-Inflation von knapp 80% im Jahr 2023 liegen wir heute bei gut 55%, was immer noch keine rosigen Aussichten für die wirtschaftliche Erholung verspricht. Wer kann, sucht sich eine Zukunft in Europa oder Nordamerika. Diese Menschen werden fehlen bei künftigen Entwicklungsschritten dieses ach so wunderbaren Landes!



Helen Freiermuth, Izmir, Präsidentin FDP International

100-Jahr-Jubiläum der FDP Schweiz am Gründungsort Olten (1994). Bild: FDP.Die Liberalen Schweiz



130 Jahre FDP

Liberalismus für die kommende Generation

Seit 130 Jahren gestaltet die FDP die Schweiz, wie wir sie kennen. Es ist offensichtlich, dass sich das Schweizer Modell, basierend auf einer florierenden liberalen Wirtschaft, einer niedrigen Verschuldung und einem dynamischen Unternehmergeist, bewährt hat. Wie Jean-Pascal Delamuraz im Jahr 1994 sagte, «spielt der private Unternehmer die zentrale Rolle» in diesem Modell. Er muss die Freiheit haben, zu investieren, zu innovieren und die Schweizer sowie die internationalen Märkte zu erobern.

Doch die heutige Zeit stellt uns vor bedeutende Herausforderungen. Die Versuchung des staatlichen Interventionismus wächst. Die Offenheit der Schweiz wird hinterfragt und die individuelle Freiheit ist bedroht. Wie also können wir die Zukunft des Liberalismus für kommende Generationen sichern?

Die Antwort liegt im Erbe der freisinnigen Ideen. Die Reden unserer ehemaligen Bundesräte, wie jene der Altbundesräte J.-P. Delamuraz und K. Villiger im Jahr 1994, haben auch heute noch grosse Strahlkraft. Sie erinnern uns daran, dass der Liberalismus nicht auf wirtschaftliche Dogmen beschränkt ist, sondern eine echte gesellschaftliche Vision darstellt, bei der individuelle Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden ist.

Die FDP, Erbin dieser Tradition, hat die Verantwortung, diese Vision zu tragen und auf allen Ebenen des Staates zu verteidigen.

Vergessen wir nicht, wie viel Glück wir haben, in der Schweiz zu leben, einem Land, das für seinen Wohlstand und seine Stabilität beneidet wird. Setzen wir uns mit Überzeugung dafür ein, dass die liberalen Werte weiterhin die Schweizer Gesellschaft durchdringen – von den Gemeinden über die Kantone bis nach Bern. Indem wir diesen Prinzipien treu bleiben, werden wir eine wohlhabende und freie Zukunft für alle bauen.

Mehr Infos, Bilder und die ganzen Reden: <https://www.fdp.ch/130-jahre-fdp>



Arnaud Bonvin
Kommunikationschef FDP.Die Liberalen Schweiz

Auszüge aus den Reden zum Hundertjahrjubiläum:



**Altbundesrat
Kaspar Villiger**

«Der Staat muss stark bleiben, aber er darf nicht glauben, dem Bürger die Lösung jedes noch so kleinen Problems abnehmen zu müssen. Der allumfassende Hochleistungsstaat scheitert. Er ist nicht finanzierbar, und er erfüllt die Erwartungen nicht, die man an ihn stellt. Deshalb verliert er zwangsläufig an Vertrauen. Nach wie vor sollten wir den Satz von Montesquieu beherzigen: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es nötig, kein Gesetz zu machen!»»



**Altbundesrat
Jean-Pascal Delamuraz**

«Der Radikalismus legt die Rolle des Individuums in der Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Individuum und Staat in einer Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung fest. Diese Perspektive schliesst aus unserem Denken den Moloch-Staat, den Wohlfahrtsstaat, den Tyrannensstaat aus. Aber lassen Sie uns absolut klar sein: Diese Perspektive der Freiheit und geteilten Verantwortung schliesst ebenso den schwachen, unbedeutenden, verachtenswerten Staat aus, kein Gesetz zu machen!»



**Ehemaliger
Parteipräsident
Franz Steinegger**

«Unsere vordringliche Aufgabe ist, die schwierige Balance im Verhältnis zwischen Bürger und Staat wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die liberale Bewegung hat die Untertanenverhältnisse beseitigt. Die Fixierung auf den materiellen Vorteil, den man vom Staat erwartet, ist die zeitgemässe Form der Unterwürfigkeit.»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Bild: Gaëtan Bally



Zehn Fragen zum Thema «Schulden und Sparen»

an Bundesrätin Karin-Keller Sutter

1 Wie beurteilen Sie die aktuelle finanzielle Situation der Schweiz auf einer Skala von 1 bis 10 und warum?

Knapp genügend, würde ich sagen. Das wäre wohl zirka Note 4. Einerseits steht die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch gut da und kann auch in den nächsten Jahren mit steigenden Einnahmen rechnen. Dank der Schuldenbremse ist auch unsere Verschuldung auf einem vergleichsweise tiefen Niveau. Andererseits steigen die Ausgaben eben noch stärker als die Einnahmen, wenn wir nichts unternehmen. Daher erarbeitet der Bundesrat ein Entlastungspaket, um dieses Ausgabenwachstum so weit zu drosseln, dass der Haushalt ausgeglichen bleibt und der Bund über genügend finanziellen Handlungsspielraum für künftige Herausforderungen verfügt.

2 Was sind kurzfristig und langfristig die Probleme, wenn der Bund weiterhin mehr ausgibt als einnimmt?

Kurzfristig müssten wir jedes Jahr eine Bereinigungsübung machen wie in den Budgets 2024 und 2025, um die Schuldenbremse einzuhalten. Das absorbiert nicht nur viel Energie, sondern betrifft

dann halt immer die wenigen ungebundenen Bereiche wie die Bildung, die Entwicklungszusammenarbeit, die Landwirtschaft und den Eigenbereich des Bundes. Mittel- und langfristig kämen wir wohl nicht um Steuererhöhungen herum – und das in Zeiten, in denen wir mit der OECD-Mindestbesteuerung und mit höheren Mehrwertsteuern für die AHV bereits höhere Abgaben eingeführt haben oder demnächst einführen werden. Stand heute, ist diese höhere Steuerbelastung im Jahr 2027 doppelt so hoch wie die geplanten Entlastungsmassnahmen.

3 Was kann uns der hohe Schuldenbereich Frankreichs als mahnendes Beispiel lehren?

Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur. Einerseits wenden diese Länder enorm viel Geld für die Schuldzinsen auf, das sie für andere Aufgaben und Investitionen dringend benötigten. Andererseits werden sie nicht um dramatische Budgeteinschnitte herumkommen, wenn sie die Schulden abbauen wollen. Das kann zu Unzufriedenheit führen

«Die hohe und vor allem steigende Verschuldung, nicht nur in Frankreich, sondern auch in den USA und anderen Industriestaaten, ist besorgniserregend und ein grosses Risiko für die weltweite Konjunktur.»

«Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll, als man einnimmt, kennt jeder Haushalt.»

und die sowieso schon schwächelnde Konjunktur weiter bremsen. Als kleine, unabhängige Volkswirtschaft tun wir daher weiter gut daran, die Schuldenbremse einzuhalten und uns finanzpolitischen Spielraum für kommende Herausforderungen zu erhalten.

4 Wie würde für Sie die ideale finanzielle Situation des Bundes aussehen?

In einer idealen finanzpolitischen Welt bräuchte es keine Finanzministerin, weil die Politik von sich aus nur so viel Geld ausgäbe, wie der Staat einnimmt. Die Realität sieht aber natürlich anders aus: Geld ausgeben ist im Parlament wesentlich beliebter als Geld nicht auszugeben oder gar zu sparen. Und mit der Pandemie ist auch in breiten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewachsen, dass es der Staat dann schon richten wird, wenn irgendwo etwas fehlt. Vor diesem Hintergrund haben wir eigentlich eine ziemlich ideale Situation: Die Schuldenbremse zwingt uns nämlich, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten und Prioritäten zu setzen. Wenn es sie nicht gäbe, müssten wir sie sofort erfinden.

5 Der Bundesrat möchte den Haushalt vor allem ausgabenseitig entlasten. Weshalb ist er gegen Steuererhöhungen?

Wie ich ausgeführt habe, gibt es bereits Steuererhöhungen im Umfang bis zu sieben Milliarden Franken pro Jahr, ein Grossteil davon im Bereich der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV. Der Bundesrat ist überzeugt, dass weitere Steuererhöhungen schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft wären. Zudem steigen die Ausgaben des Bundes in den kommenden Jahren immer noch um zwei Prozent, wenn die Vorschläge des Bundesrats eins zu eins oder im gleichen Umfang umgesetzt werden.

6 Was sind für Sie die überraschendsten Entlastungsmassnahmen des Gaillard-Expertenberichtes zuhanden des Bundesrates?

Ich möchte keine einzelne Massnahme hervorheben. Der grosse Verdienst des Berichts ist es, dass er alle Aufgaben des Bundes inklusive Subventionen und Transferleistungen überprüft und damit Bundesrat und Parlament eine gute Grundlage für das Entlastungspaket geliefert hat. Nun muss die Politik ent-

scheiden, welche Massnahmen sie vollständig oder teilweise umsetzen will. Der Bundesrat hat seine Eckwerte definiert und wird seine definitiven Vorschläge nach der Vernehmlassung verabschieden. Aber am Schluss entscheidet natürlich das Parlament und, falls es ein Referendum gibt, das Stimmvolk.

7 Was erwarten Sie von der Bevölkerung in Bezug aufs Sparen?

Wie gesagt: Wir sparen nicht, sondern wir bremsen das Ausgabenwachstum. Wenn wir diese Botschaft klar genug rüberbringen können, bin ich überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung hinter einer soliden Finanzpolitik steht. Falls es gelingt, ein ausgewogenes Entlastungspaket mit einer gewissen Opfersymmetrie zu schnüren, sollte auch eine Mehrheit in einer allfälligen Volksabstimmung zu erzielen sein.

8 Wie sehen Sie den Budgetberatungen des Parlaments für das Budget 2025 in der Wintersession entgegen?

Ich mache mich auf intensive, harte Diskussionen gefasst. Zwar hat das Parlament dank leicht höheren Einnahmen etwas mehr Spielraum für einen schuldenbremskonformen Haushalt. Aber es stehen auch Forderungen nach noch höheren Ausgaben für die Armee und andere Bereiche im Raum.

9 Was ist für Sie das zentrale Element an der Schuldenbremse?

Sie ist gleichzeitig einfach und variabel. Das Prinzip, dass man auf Dauer nicht mehr ausgeben soll als man einnimmt, kennt jeder Haushalt. Aber die Schuldenbremse enthält eben auch eine gewisse Elastizität und wirkt antizyklisch: In guten Zeiten muss der Staat Geld zurücklegen und damit Reserven bilden für schlechtere Zeiten. So wird verhindert, dass die Schuldenbremse rezessive Tendenzen noch verstärkt. Und für ausserordentliche Situationen wie zum Beispiel eine Pandemie oder eine Flüchtlingswelle bei einem Krieg erlaubt die Schuldenbremse vorübergehend auch ausserordentliche Ausgaben und damit eine höhere Verschuldung.

10 Denken Sie, die Bevölkerung würde bei einer heutigen Volksabstimmung immer noch so geschlossen hinter der Schuldenbremse stehen wie bei deren Annahme im Jahr 2001?

Ich bin überzeugt, dass eine deutliche Mehrheit noch immer hinter dem Prinzip der Schuldenbremse steht, weil dieses – wie ich vorher gesagt habe – aus dem Leben gegriffen ist. Daher würde ich einer neuen Abstimmung über die Schuldenbremse zuversichtlich entgegensehen, auch wenn die Zustimmung vielleicht nicht mehr ganz so hoch sein würde wie im Dezember 2001.

Nachgefragt

Wie fühlt sich der Alltag nach intensiver politischer Tätigkeit an?

Am meisten freute sich der «Pöschler». Er hatte nicht mehr die beinahe täglich drei Kilogramm Post zu mir nach Hause zu tragen.

Dann folgte eine gewisse Leere. Mich an die Ruhe zu gewöhnen, fühlte sich vorerst an, wie im Zentrum eines Taifuns zu leben. Rundherum tobte der politische Wind weiter.

Glücklicherweise hatte ich mein Steckenpferd, das ich zur Entspannung jeweils bereits zuvor in den Ferien gepflegt hatte: das Schreiben von «Kürzestgeschichten». Zu mehr reichte selbst die Zeit in den Ferien nicht. Heute verfasse ich jede Woche eine Kürzestgeschichte und veröffentliche sie über meine Website.

Als ich mich an meine Schulzeit erinnerte, die immerhin bereits beinahe 75 Jahre her ist, kam mir die Idee, wöchentlich auch einen Dreisatzroman in lyrischer Form zu gestalten.

Wer sich für die Wochengeschichten und die wöchentlichen Dreisatzromane interessiert und diese jeweils am Donnerstag um 22 Uhr gratis und werbefrei in seinem Postfach werbefrei vorfinden will:

www.francois-loeb.com/kurzgeschichten-kostenlos-lesen/geschichten-erhalten/



François Loeb, Nationalrat BE (1987–1999)
Bild: Markus Baumgartner

Wildhaber ist seit 2012 CEO der Filtex AG. Bild: FDP Schweiz, Eveline Würgler



Silvan Wildhaber, CEO Filtex AG

Einblicke in ein Traditionsunternehmen mit Vision

Wie würden Sie die Filtex AG beschreiben?

Die Filtex AG ist ein Traditionsunternehmen in der Textilbranche, das auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblickt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam mein Urgrossvater als Auslandsschweizer zurück in die Schweiz und gründete die Emil Anderegg AG. Zuerst war diese ein textiles Handelsunternehmen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg wagten wir den Schritt ins Exportgeschäft und begannen, unsere Produkte über die Grenzen hinweg nach Europa und Skandinavien zu exportieren. In den 50er-Jahren beschäftigten wir über tausend Mitarbeiter und konfektionierten unter anderem Regenmäntel und Regeschirme aus hochdichten Baumwollgeweben. Im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen in St. Gallen, die sich auf die Stickerei-Produktion konzentrierten, betrieben wir bereits damals eine eigene Weberei und Stickerei. Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute. Die Weberei wurde jedoch in den 80er-Jahren eingestellt und die Stickerei in den 2010er-Jahren. Heute fokussieren wir uns auf die Konfektion von hochwertigen Heimtextilien wie z. B. Vorhängen für den Fach-

handel, bieten Gewebe und Stickereien für den afrikanischen Markt und spezialisierte Lösungen im Rohwarenbereich an.

«Dieser Spagat zwischen Produktion und Handel prägt uns bis heute.»

Seit wann ist die Filtex AG global tätig?

Unsere Expansion nach Übersee begann in den letzten Jahrzehnten und wurde vor allem durch den afrikanischen Markt geprägt. Schon vor 60 Jahren reisten Kunden aus Afrika nach St. Gallen, um bei uns Stoffe für ihre traditionellen Gewänder zu erwerben. In Westafrika hat sich Filtex mittlerweile zu einer Marke etabliert, die in ihrer Präsenz und Beliebtheit mit bekannten Modemarken wie Gucci vergleichbar ist. Zusätzlich zu Afrika haben wir

Verkaufsstellen in Genf und Dubai, um die Nachfrage der Diaspora zu bedienen.

Unsere Produktion läuft in enger Partnerschaft mit Lieferanten. Die Kollektionen werden entweder in Zusammenarbeit mit den Lieferanten oder durch diese selbst produziert. Das ermöglicht uns ein hohes Mass an Flexibilität und Agilität – was in der Textilindustrie von Vorteil ist. Zudem verfügen wir über eines der grössten Design-Archive in St. Gallen, was uns Zugang zu klassischen und zeitlosen Motiven verschafft.

Was hat es mit dem Namen Filtex AG auf sich?

Wir sind stolz darauf, dass unser Name, wenn auch in Form eines Fantasienamens, fest mit unserer Firmengeschichte verankert ist – «Filtex» steht für die Verbindung von Textilien und Export.

Was hat Sie dazu bewegt, 2012 die Führung des Unternehmens zu übernehmen?

Nach drei Jahren bei der Credit Suisse entschied ich, dass die klassische Karriere im Bankwesen für mich nicht das Richtige war. Mein Onkel, der das Unternehmen über 30 Jahre geführt hatte, machte

mir ein Angebot, in die Filtex AG einzutreten und die Familientradition fortzuführen. Ab diesem Zeitpunkt habe ich mir das praktische Handwerk und Wissen rund um den Textilhandel sukzessive erarbeitet. St. Gallen ist heute meine berufliche Heimat, auch wenn ich ursprünglich aus dem Limmatall komme, seit 20 Jahren in der Stadt Zürich wohne und nach wie vor ein Fan des Grasshopper Club bin – das sind eben die zwei Herzen, die in meiner Brust schlagen.

Welche Rolle spielt die Verantwortung für Sie als Unternehmer?

Textilien sind ein volatiles Geschäft, und daher ist es wichtig, unabhängig zu bleiben. Wir sind zu 100 Prozent eigenfinanziert und haben kein Fremdkapital. Wir denken langfristig und sehen uns in der Verantwortung, eine nachhaltige Unternehmenskultur zu fördern. Es wäre unmöglich, in der Textilindustrie Erfolg zu haben, wenn wir nicht in ständiger Weiterentwicklung begriffen wären – sei es durch modische Innovationen, Digitalisierung oder organisatorische Anpassungen.

Welche Werte prägen Sie als Unternehmer?

Einer der Grundwerte unserer Familie und des Unternehmens ist die Verpflichtung, verantwortungsvoll und nachhaltig zu handeln. Unser Handeln wird davon bestimmt, langfristige Beziehungen aufzubauen und uns in unserer Branche kontinuierlich weiterzuentwickeln. Meine Vorväter haben es vorgelebt: Unternehmer sollten vorsichtig agieren, um Risiken zu minimieren und Reserven aufzubauen. Lieber Schritt für Schritt wachsen, anstatt mit fremdem Kapital grosse Risiken einzugehen. Wenn wir scheitern, dann sollen es unsere eigenen Verluste sein – das ermöglicht uns eine gesunde und stabile Finanzierung.

Zudem verfolgen wir einen patronalen Ansatz: Wir denken stets daran, dass wir für unsere Mitarbeiter eine Verantwortung tragen. Unternehmerisch zu handeln, bedeutet für uns auch, nicht nur an das kurzfristige Geschäft zu denken, sondern das Unternehmen im Sinne der nächsten Generationen zu führen.



Was treibt Sie als Unternehmer an?

Mich reizt das Unternehmerische, die Möglichkeit, eigenständig Entscheidungen zu treffen und neue Projekte anzugehen. Vor fünf Jahren gründete ich zusammen mit einer Kollegin und einem Kollegen ein IT-Startup, das Kalkulationen in der Blechverarbeitung um bis zu 90 Prozent beschleunigt. Wir wollten etwas Neues probieren, und es hat uns gezeigt, wie viel Potenzial in unternehmerischer Freiheit steckt. Diese Freiheit ist für mich ein enormer Antrieb – es ist unser eigenes Geld, und wir setzen es für Projekte ein, an die wir glauben. Dasselbe gilt für die Filtex AG, ein Unternehmen mit über 100 Jahren Tradition, das sich jedoch ständig modisch und organisatorisch neu erfinden muss, um relevant zu bleiben. In unserer Branche begegnen wir einer Marktschwankung von bis zu 70 Prozent – das fordert, langfristig zu denken und flexibel zu bleiben.

Was steht auf dem Wunschzettel Ihrer Firma an die Politik?

Im internationalen Vergleich können wir uns nicht beklagen, was die Steuern und Rahmenbedingungen betrifft. Trotzdem gibt es Themen, die uns beschäftigen, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Der aktuelle «Regulierungsdschungel» macht es fast unmöglich, die Anforderungen korrekt zu erfüllen. Eine Rückkehr zu einfacheren Lösungen wäre hilfreich. Von der Steuererklärung, die auf einem Bierdeckel Platz hat, reden wir schon lange nicht mehr.

Welche politischen Veränderungen wünschen Sie sich für die Wirtschaft in der Schweiz?

Ich bin politisch aktiv in der FDP, weil ich der Meinung bin, dass die besten Köpfe und die enga-

giertesten Menschen in dieser Partei zu finden sind. Für mich sind Offenheit und Wachstum entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern. Wir dürfen nicht in Besitzstandswahrung verharren oder uns abschotten. Die Schweiz hat ihre Stärke immer aus ihrer Offenheit und ihrem wirtschaftlichen Austausch mit der Welt gezogen.

Was würden Sie anderen Unternehmern in der Schweiz raten?

Unternehmerisches Handeln bedeutet auch, Grenzen zu erkennen und sich ab und zu gegen ein Projekt zu entscheiden, um Reserven aufzubauen. Banken und Fremdkapital sollten möglichst nur in Massen genutzt werden. Eine gesunde Finanzierung ist die Basis für ein stabiles Unternehmen, und es ist ratsam, organisch zu wachsen und finanzielle Unabhängigkeit anzustreben. Mein Grossvater pflegte zu sagen, dass er viele Unternehmer mit Herzblut ins Verderben laufen sehe, weil sie sich verrennen würden: Wer 100 000 Franken investiert und dann die Hälfte davon verliert, sollte aufhören und nicht wieder neues Fremdkapital aufnehmen. Nichtstun oder Aufhören ist auch eine unternehmerische Entscheidung.



Silvan Wildhaber
CEO und Miteigentümer der Filtex AG und
Präsident der Freunde der FDP



Bild: istock, yannik88



Für einen mutigeren Liberalismus

Mehr Freiheit und Verantwortung

Die Liberalen verkaufen sich unter ihrem Wert. Allzu sehr haben sie sich daran gewöhnt, ihre Anliegen unter Nützlichkeitsaspekten zu begründen. Die Wählerinnen und Wähler hören, dass liberale, marktwirtschaftliche Lösungen besser funktionieren und günstiger zu stehen kommen als planwirtschaftliche. Das stimmt freilich, aber es gilt, dabei das Grundsätzlichere nicht zu vergessen: Das Liberale entspricht besser der Natur des Menschen, denn es ruft ihn in Freiheit und Verantwortung.

Freiheit und Verantwortung sind menschliche Existenziale, also das, was den Menschen zum Menschen macht und ihn vom Tier unterscheidet. Und als Elemente politischer Kultur unterscheiden diese liberalen Kernwerte den mündigen Bürger vom Untertanen. Freiheit und Verantwortung sind nicht nur theoretische Konzepte und politische Leitlinien, welche den ökonomischen Nutzen befördern. Sie schaffen nicht nur Wohlstand, sondern sind vor allem auch ihrem Wesen nach zutiefst menschlich. Die Fähigkeit zum freien Entscheid und dazu, ihn zu verantworten, wurzelt im Grund des Menschseins.

Ich wünschte mir deshalb mehr Liberale, die ihre Anliegen mit angemessenem Pathos vertreten und so die Ehrfurcht vor ihren Werten bekunden. Liberale, die sich nicht bloss als Parteigänger von politischen Postulaten verstehen, sondern das stolze Selbstbewusstsein hegen, Vertreter einer lebensfreundlichen und lebensprägenden Haltung zu

sein. Leuchten will nicht nur die liberale Praxis, sondern auch die liberale Identität.

So sollen Liberale mehr sein als nur Verkäufer besserer politischer Rezepte, sondern explizit auch fürs liberale Menschsein auf die Barrikaden steigen. Denn sie vertreten ein wertschätzenderes Menschenbild als Sozialisten, Kollektivisten, Grüne oder Woke: Der Kollektivismus übergeht das Individuum, linksgrüne «Fürsorge» neigt zu seiner Bevormundung, die ethische Hysterie des Wokeismus schnürt seine Freiheit ein.

Freilich ist Liberalismus anspruchsvoll. Freiheit ist immer auch ein Tasten ins Ungewisse. Die Angst, einer Verantwortung nicht gewachsen zu sein, kann Schwindel auslösen. Andererseits vermag verantwortete Freiheit die hehrsten Gefühle des Menschen anzusprechen. Auf ihrem Feld geht es um Bewährung oder Versagen, Ehre oder Schande, Autonomie oder Knechtschaft. Ist der Anspruch



«Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP»; Wahlplakat der FDP anlässlich der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 1979, Quelle: «Schweizerisches Sozialarchiv», F Pb-0004-026.

auch ambitiös, so ist er gerade deshalb auch Ansporn, diese edle Dimension zu leben: das Abenteuer Freiheit!

Dieses Abenteuer verlangt Reife. Ein liberales Gemeinwesen braucht deshalb starke, in sich gefestigte Persönlichkeiten, welche bereit sind, die Zumutungen der Freiheit zu schultern. Solche Männer und Frauen verfügen nicht nur über Fachkompetenzen, sondern über eine breite Menschenbildung. Für sie hat Freiheit auch eine innere Seite: nämlich eine gewisse Freiheit gegenüber sich selbst. Wahrhaftig frei ist, wer nicht nur seine eigenen Interessen und Bequemlichkeiten im Auge hat, sondern über den Tellerrand des Egos hinaussieht. Unter dem Aspekt umfassender Menschenbildung ist es – um ein wichtiges Beispiel zu nennen – misslich, wenn die Schulfächer Geschichte, Literatur, Kunst und Religion an Bedeutungsschwund leiden.

«Ideen – Köpfe – beherzte Taten», mit diesem Slogan warb die FDP Schweiz Ende der siebziger Jahre erfolgreich für sich. Ohne die damaligen freisinnigen Protagonisten zu idealisieren, lässt sich mit Fug sagen: An dieser Parole war etwas dran. Es wäre an der Zeit, ihr Feuer wiederzubeleben!



Ulrich Knoepfel, Mühlehorn (GL), ref. Pfarrer i. R.

KOLUMNE

Ohne Sicherheit keine Freiheit

Freiheit ist die Grundlage unseres Wohlstandes – sie ist mit Leistung verbunden, denn beides gibt es nicht gratis. Unser Wohlstand basiert auf der 1848 neu geschaffenen Freiheit zu forschen, zu wirtschaften, zu erfinden und zu bauen.

Nicht alle können dieselben Leistungen bringen, das gehört zum Wesen der Gemeinschaft. Das Bindeglied zwischen diesen beiden Gruppen ist Respekt, Demut und Verständnis. Das sind unsere Werte.

Das Leben in Freiheit basiert also auf Werten, die nicht in einem Gesetz niedergeschrieben sind, sondern die sozusagen unsere Mentalität ausmachen. Eine Mentalität, die uns quer durch die Schweiz verbindet. Es ist ein unsichtbares kostbares Band, das uns zum Wohl des Landes der Politik Kompromisse abringt und Animositäten überwinden lässt.

Doch dieses feine Band scheint abgenutzt, es ist ausgedünnt und manchmal habe ich das Gefühl, dass es in der nächsten Sekunde reisst – es wäre ein Riss mit fatalen Folgen.

Genau dieses Gefühl habe ich im Rahmen der Beratungen um die Armeebotschaft, ein heikles und für die Schweiz so wahnsinnig wichtiges Geschäft.

So wichtig, dass sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen, um den Zahlungsrahmen für die Armee um vier Milliarden Schweizer Franken für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und die Finanzierung zu sichern. Denn in Europa herrscht wieder Krieg – ob es uns passt oder nicht. Und die Schweiz muss sich wappnen, sie darf nicht zur einfachen Beute werden. Doch die Linken schleudern uns entgegen, dass wir «paranoid» seien, die Armee «auf Kosten der Ärmsten auf der Welt aufgerüstet» werde und überhaupt ein «Trachtenverein» sei.

Die Sicherheitsfrage ist unauflöslich mit der Freiheitsfrage verknüpft. Unser Land kann nur in Freiheit bestehen, wenn es seine Souveränität auch militärisch demonstriert. Der Begriff «Dissuasion» bedeutet, den Gegner davon abzuhalten, ein Land anzugreifen, weil der Preis zu hoch wäre. Eine gut ausgerüstete Armee ist also der erste Schritt dazu, einen Angriff zu verhindern und den Frieden – und somit die Freiheit – zu bewahren. Dass diese hart erarbeitete Freiheit im Nationalratssaal als veraltetes Brauchtum dargestellt wird, gibt mir zu denken. Es zieht all jene Dienstleistenden ins

Lächerliche, die ihre Verantwortung wahrnehmen, die in der Kälte draussen als Milizler pflichtbewusst an ihren militärischen Fähigkeiten arbeiten, während sie von gewählten linken Politikern im warmen Ratssaal drin beleidigt werden. Warum?

Ist es Arroganz, Ignoranz oder Unbeholfenheit? Selbstverständlich gibt es sachliche Argumente gegen eine Erhöhung des Zahlungsrahmens der Armee und der Teufel liegt bekanntlich wie immer im Detail. Aber Respekt ist das Mindeste sowie die Fähigkeit, die vom Wahlvolk erwartete Leistung im Ratssaal zu erbringen und sich in die Debatte hineinzuknien – anstatt billige Floskeln aufzuwärmen und ohne Not diejenigen zu beleidigen, die ihre Bürgerpflicht wahrnehmen, Leistung abliefern und das feine Band der Freiheit stärken.



Heinz Theiler, Nationalrat SZ und Mitglied der SiK-N

✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch

am 24. November



**Prämienzahlende
endlich entlasten!**

Kosten senken, Versorgung stärken.



Regine Sauter
Nationalrätin FDP ZH

«Die Fehlanreize im Gesundheitswesen verteuern das System. Heute werden Leistungen erbracht, die den Patientinnen und Patienten keinen Nutzen bringen. Die Reform packt dieses Problem an. Damit werden Kosten gesenkt und die Versorgung gestärkt.»

www.einheitliche-finanzierung.ch

**+
ja**

24. November
**zur einheitlichen
Finanzierung**